

KOSOVO

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2019

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Kosovo ist der jüngste Staat Europas und noch immer nicht von allen EU-Staaten anerkannt. Dies schwächt insgesamt seine Situation auch im Dialog mit seinen Nachbarstaaten. So beherrscht der sog. Dialog zwischen Serbien und Kosovo zwar den größten Teil der Politik- aber eben mehr durch seine Misserfolge, Scheinkämpfe und sein Beharren im Status quo. Innenpolitische Themen wie z.B. Wirtschafts- und Sozialpolitik haben in den vergangenen 20 Jahren in Kosovo niemals oben auf der Agenda gestanden, denn zu sehr ist die Politik im unüberschaubaren Wirrwarr unterschiedlichster Interessen von außen verwoben. Die wesentlichen Einflüsse kommen aus den USA, der EU und – bisweilen verschieden davon – ihren Mitgliedsstaaten. Zunehmenden Einfluss gewinnen die Türkei (als selbst empfundene neue Mittelmacht), China aber auch Golf-Staaten. Die letzteren drei »Influencer« werden immer stärkeren Einfluss dadurch gewinnen, dass sie sich wirtschaftlich engagieren, während die EU strategisch wesentliche Wirtschaftsinvestitionen kaum fördert. Der Dialog mit Serbien ist zudem extrem stark von russischen Interessen über Serbien beeinflusst.

WIRTSCHAFTLICH UND SOZIALE LAGE

Die Papierlage ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kosovo gar nicht schlecht. Verfassung, Gesetze und die meisten Strategiepapiere wurden von versierter ausländischer Seite weitest gehend beeinflusst, wenn nicht sogar (halb-) vollständig (ab-)geschrieben. Die Probleme liegen in der Umsetzung. Hierzwischen klaffen Welten, so dass man salopp sagen könnte: Die Papierlage ist EU-tauglich, die Realität entspricht eher der in unterentwickelten Staaten Afrikas oder Asiens. Dies mag nur stichwortartig festgehalten sein. Der graue und schwarze Arbeitsmarkt überwiegt in der privaten Wirtschaft, nach Weltbankangaben zahlen nur etwa 30 % im arbeitsfähigen Alter Steuern und Sozialabgaben, was auf das Fehlen von korrekten Arbeitsverträgen verweist (<- die Ar-

beitsgesetzgebung ist da eindeutig, aber es gibt für ca. 20.000 Unternehmen nicht einmal 50 Inspektoren – und Gewerkschaften oder Betriebsräte eben weitgehend ebenfalls nicht!). Trotz tausender ausländischer Beraterinnen und Berater existiert bis heute kein funktionstüchtiges Gesundheitswesen (täglich fahren Busse mit Patienten nach Belgrad und Skopje!) und das stark privatisierte Bildungswesen »spuckt« jährlich tausende von Hochschulabsolventen aus, die kaum Arbeit finden, während die berufliche Bildung völlig darniederliegt mit dem Effekt, dass für nicht-akademische Facharbeiten händeringend Leute gesucht oder aus dem Ausland eingeflogen werden, während Hochschulabsolventen dreisprachig als Kellner oder on Call-Centers arbeiten – natürlich zumeist ohne Vertrag und Zukunftsaussichten. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen von 30 % liegen gewiss um das 1 ½-fache höher und die Jugendarbeitslosigkeit kann durchaus mit faktischen 60–70% angegeben werden, sofern man Arbeitsverträge als Voraussetzung macht. Es gibt keine aktive Arbeitsmarktpolitik in unserem Sinne (im Sinne von: offene Stellen werden grundsätzlich gemeldet, Arbeitssuchende wenden sich an das Arbeitsamt). Im Privatsektor, wie weitestgehend auch im wachsenden Öffentlichen Dienst, hängt es davon ab, ob man jemanden kennt, der jemanden kennt.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften verloren unmittelbar nach dem Krieg mit Serbien in 1999 stark an Bedeutung. So konnten z. B. die alten Strukturen wegen der wirtschaftlichen Umbrüche (Privatisierung etc.) nicht beibehalten werden, so dass sich die Gewerkschaften heute fast ausschließlich im Öffentlichen Sektor betätigen. Dies gekoppelt mit einem immensen Maß an Klientelismus führte eben auch dazu, dass sich der BSPK heute auch stark an Parteistrukturen orientiert. Insgesamt haben sich die Gewerkschaften bis heute nicht als unabhängige Interessenvertretungen in einem sehr neo-liberalen Umfeld umbauen können.

Kollektivverträge gibt es wirksam nur im ÖD, während es dies für die meisten privaten Sektoren nicht einmal auf dem Papier

gibt. Der gesetzliche Mindestlohn liegt bei ca. € 175,- für Ältere. Diese Festlegung hat nicht das geringste mit den Lebenshaltungskosten zu tun, denn diese liegen in vielen Bereichen auf EU-Niveau (z. B. 1 Liter. Benzin = € 1,17). Die Gesellschaft muss sich daher auf zwei, für die Zukunft sehr unsicheren Faktoren stützen um sich einen gewissen Lebensstandard zu halten: regelmäßige Zahlungen aus der Diaspora und enge familiäre, soziale Netzwerke.

Auch in Kosovo erweist sich der tripartite Sozialdialog, der so sehr von der EU gefördert wird, als weitere Fassade, hinter der für Arbeitnehmer nichts ist, denn es sind eher Fototermine denn ernsthafte Verhandlungen. Die Gewerkschaftsseite ist zum einen unprofessionell, zum anderen parteipolitisch weitgehend abhängig – seit die Lehrgewerkschaft dem BSPK beigetreten ist. Sie hat mit über 20.000 Mitgliedern die vollständige politische Kontrolle über den Bund – und sie steht der Thaci-Partei, PDK, sehr nahe, die den Staat im Wesentlichen im Griff hat. Jüngst hatte sie gegen eine sehr sinnvolle Neueingruppierung im ÖD durch die Regierung Haradinaj tagelang gestreikt, weniger weil es für viele ggf. eine Abgruppierung bedeutet hätte, als vielmehr deshalb, weil Haradinaj der wichtigste Kontrahent Thacis in der Dialogfrage mit Serbien ist. Auch wurde z.B. der Vorschlag eines PDK-Parlamentariers seitens des BSPK begrüßt, den 1. Mai als Feiertag abzuschaffen, da er ein Relikt Jugoslawien sei.

Insgesamt lässt sich leider feststellen, dass es in Kosovo bislang kaum gewerkschaftliche Aktivitäten seitens der Gewerkschaften gibt, die tatsächlich und wirksam etwas an der Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ändern. Vielmehr sind es nun einige NGO's, die sogar klassische Gewerkschaftsarbeit wie z. B. Rechtsschutz übernehmen. Die Aussichten auf Besserung gehen eng einher mit denen für das gesamte Land. Gelingt es nicht Korruption und Klientelismus wesentlich einzudämmen, werden die jetzigen Gewerkschaften eher ein stabilisierender Faktor für den Status quo bleiben. Von ihnen ist kein wesentlicher Veränderungsimpuls zu erkennen.

GEWERKSCHAFTEN IN KOSOSVO – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Gewerkschaftsentwicklung in Kosovo unterscheidet sich sehr von der in anderen Nachbarstaaten. Zunächst waren na-

türlich auch in Kosovo die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jugoslawischen Gewerkschaftsbund organisiert. Allerdings zerfiel diese Gewerkschaftseinheit in gleichem Maße wie die jugoslawische an sich. In den 80er Jahren begannen die immer blutigeren Auseinandersetzungen zwischen Serbien und dem Kosovo, da sich die albanisch-sprachige Mehrheit (damals > 80 %) zunehmend unterdrückt sah. Der heutige kosovarische Gewerkschaftsbund BSPK (Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften von Kosovo) wurde 1990 als Gegenorganisation zur serbischen Unterdrückung gegründet. Damit sah er sich als starken Teil des Kampfes für die Unabhängigkeit Kosovos. Damals sah er sich verbündet mit der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK) mit ihrem charismatischen Führer Ibrahim Rugova. Der erste Vorsitzende des BSPK, Prof. Hajrullah Gorani, vertrat mit Rugova das Konzept des friedlichen Widerstandes und der Entwicklung einer (albanischen) Parallelgesellschaft mit eigenen politischen und sozialen Strukturen. Der BSPK war dann auch Teil der Realisierung dieses Konzeptes. Aufgrund dieser Tätigkeiten war der BSPK auch immer wieder Opfer serbischer Repressionen, wie z. B. ständige Bürodurchsuchungen etc.

Damals wurden im Gefolge auch engere Kontakte zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen aufgebaut – IBFG und EGB.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In Kosovo gibt es nur einen relevanten Dachverband, den BSPK (Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften von Kosovo). Er verfügt nicht über einen Beobachterstatus beim EGB, ist Mitglied im IGB (mit Angabe von >70.000 Mitgliedern!)

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Im öffentlichen Sektor spielen die Gewerkschaften im beschriebenen Sinne durchaus eine Rolle, die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im ÖD ist – auch aufgrund ihrer starken Parteizugehörigkeit! – verglichen mit dem Privatsektor (aber auch mit der in Nachbarländern) recht gut. Im Privatsektor spielen die Gewerkschaften dagegen keine nennenswerte Rolle. Im größten Wachstumsbereich, der Bauwirtschaft, geschehen täglich Arbeitsunfälle etc. auch oft mit Todesfolge – das aber ist offenbar kein gewerkschaftliches

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

Bezeichnung	Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Bashkimi I Sindikatave të Pavarura të Kosovës – BSPK (Union of Independent Trade Unions of Kosova)	Avni Ajdini	rd. 70.000	ITUC

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

Bezeichnung	Mitgliedschaft in Dachgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Sindikata e Bashkuar e Arsimit, Shkencës dhe Kulturës – SBASHK (United Trade Unions of Education, Science and Culture)	BSPK	Vorsitz: Rrahman Jashari stv. Vorsitz: Vjollca Shala	21.000	EI
Federata e Sindikatave te Shendetesise se Kosoves – FSSHK (Federation of Health Unions of Kosovo)	BSPK	Vorsitz: Blerim Syla stv. Vorsitz: Xhemajl Selmani Blerim Delija	10.000	EPSU
Sindikata e Policise se Kosove – SPPK (Kosovo Police Union)	BSPK	Vorsitz: Valbona Kamberi stv. Vorsitz: Shaban Tasholli	5.500	EUROCOP CESP

Thema. Es wird lediglich von zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgegriffen.

Ausländische Unternehmen investieren in Kosovo i.d.R. wegen der Billiglöhne, der weitgehenden Gewerkschaftsfreiheit und gehören zumeist nicht zu den Arbeitgebern, die sich besonders um Arbeitnehmerrechte kümmern (deutsche Unternehmen sind oft auch in Deutschland nicht als gewerkschaftsfreundlich bekannt).

Da die hiesige Wirtschaft gewiss zu 98 % aus Klein- und Kleinstbetrieben besteht, die zudem auch noch oft Familienunternehmen sind, kann behauptet werden, dass dieser Prozentsatz gewerkschaftsfrei ist.

Die Arbeitssituation, die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Gewerkschaften in Kosovo sind eigentlich recht gut – auch in Hinblick auf die oben beschriebene Herstellung der Gesetzeslage, denn es gibt kaum Einschränkungen, Streiks sind erlaubt etc. Dies allerdings würde sich ggf. ändern, nähmen die Gewerkschaften ihre Aufgaben tatsächlich wahr. Der Sozialdialog dümpelt auf nationaler Ebene als eine Reihe von Fototerminen dahin, auf kommunaler oder privatwirtschaftlicher Ebene ist uns wenig von Gewerkschaftsaktivitäten bekannt. Die ILO arbeitet in Kosovo, das Land ist aber kein Mitglied (vermutlich auch wegen der Anerkennungslage des Landes).

Die Gewerkschaften handeln auf nationaler Ebene Kollektivverträge aus, dies zumeist nur wirksam im öffentlichen Dienst. Im Privatsektor gibt es fast keine Gewerkschaften in den Betrieben, so dass der Kontrollfaktor der staatlichen Inspektion überlassen ist. Dies verfügt zurzeit über keine 50 Inspektoren, die für insgesamt etwa 20.000 Unternehmen zuständig sein

sollen. Eine Farce, wenn man hinzufügen muss, dass auch in diesem Feld die Korruption eine wesentliche Rolle spielt.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

In Fragen der Arbeits- und Sozialgesetzgebung spielen die Gewerkschaften nur eine marginale Rolle, wenn sie denn überhaupt interessiert sind. Ihre wesentlichen Anliegen sind Lohnkämpfe.

Das politische Gewicht der Gewerkschaften hängt im Wesentlichen von ihrer parteinähe ab. Es ist nicht durch Präsenz, Kompetenz oder durch Erneuerungswillen geprägt. Die Mitgliedschaft sinkt, bleibt aber – natürlich durch den ÖD – stabil. Ihr Ansehen in der Bevölkerung ist extrem gering/schlecht – dem letzten Aufruf zur Mai-Demonstration folgten ca. 70 Menschen! Damit reihen sie sich in den untersten Kategorien – neben Politikern etc. – der Image-Umfragen ein.

Wie schon beschrieben haben die Gewerkschaften keinerlei eigenen Erneuerungswillen gezeigt, der unbedingt notwendig ist, um in der extrem neo-liberalen Wirtschaftsgestaltung ein Gegengewicht und Schutzfaktor zu sein. Zu den größten Herausforderungen gehören: Schwarzarbeit, Soziale Sicherheit, Bildung und Ausbildung, Arbeitssicherheit usw. All diese Themen stehen aber nicht auf der – ohnehin kleinen – Prioritätenliste der Gewerkschaften. Die internationale Vernetzung des BSPK und seiner Gewerkschaften beschränkt sich auf die Teilnahme ihrer Vorsitzenden an internationalen Konferenzen. Umgekehrt gibt es auch fast keine Präsenz internationaler Gewerkschaften in Kosovo (ggf. Einbeziehung in ein Textil-Projekt?).

Arbeitnehmerinteressen im weiteren Sinne werden im privaten Sektor zum Teil nun von NGO's wahrgenommen. Dies auch, weil es in Kosovo eine extrem gute Donor-Situation gibt. Kosovo ist das Land der Welt, das pro Kopf am meisten Hilfgelder erhält. So können NGO's vielfach über Projekte einzelne Fragestellungen zu Arbeitnehmerfragen aufgreifen und bearbeiten, wie z. B. Rechtsschutz.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.